

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Mittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der kleine Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechspaltige 3mm hohe [Beitl.] „Beitl.“ ober deren
Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit
für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr
für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden bittig
berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 113

Dienstag, den 19. September 1933

26. Jahrgang.

Englisch-französische Vorkonferenz Noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten

Genfer Vertragsbruch

In Paris haben heute englisch-französische Ab-
sprechungen begonnen, die eine einheitliche Grund-
lage für die auf der im Oktober beginnenden zweiten Phase
der Abrüstungskonferenz schaffen sollen. Frankreichs Ziel
der Besprechungen ist die Verschärfung der allgemeinen
Anforderung um mindestens fünf Jahre und ein neues Kon-
kordat gegen Deutschland und seine Sicherheitsforderun-
gen. In der englischen Presse ist in den letzten Tagen sehr
viel über die sich aus diesem Bestreben ergebende politische Lage
gesprochen worden, wobei mehr denn einmal die Auffassung
geäußert ist, daß die hochgerüsteten Staaten ihren
Verpflichtungen nicht nachkommen und daß man angesichts des Rüstungsstandes in Europa
Verständnisse für das Sicherheitsbedürfnis Deutschlands haben
müsse. Man weiß natürlich, daß der eigentliche Schuldige
an der Frage der verhinderten Abrüstung Frankreich ist.
Man hat bisher aber weder den Mut noch den Willen auf-
gebracht, es zur Einhaltung feierlich übernommener Ver-
pflichtungen zu zwingen.

Niemand in Deutschland oder in Europa gibt sich fal-
schen Hoffnungen über den durchaus erlitten Stand der Dinge
hin. Vielleicht gerade im Schatten dieser Vorgänge ent-
wickelt sich ein anderes Problem, für das allerdings die
englisch-französische Konferenz nicht das gleiche Interesse und das-
selbe Verständnis aufbringen wie für die Abrüstungsfrage:
das ist das Saarproblem. Das Saargebiet ist, um
es ganz kurz hier zu skizzieren, durch das Verfall der
Verordnungen von Deutschland abgetrennt und einer
Vermittlungskommission unterstellt worden, die vom Völker-
bund in ihrer Zusammenfassung bestimmt wird. Für die
Verwaltung des Gebiets ist nach Artikel 46 des Verfallers
Vertrages ausschlaggebend die „Sicherstellung der Rechte
und der Wohlfahrt der Bevölkerung“, die ihre Schulen und
ihre Sprache behalten soll und an deren Staatsangehörig-
keit sich nichts ändert. Die Regierungskommission, wie sie
vom Völkerbund für das Saargebiet bestellt worden ist, soll
unabhängig vor allem von Frankreich sein und eine
Zwangsrolle einnehmen, um für die Volksabstimmung,
die fünfzehn Jahre nach Abschluß des Vertrages stattfinden
soll, die politische Willensmeinung der Bevölkerung völlig
unabhängig sich entwickeln zu lassen.

In Wirklichkeit ist die Verwaltung des Saar-
gebiets durch die Völkerbundskommission ganz nach dem
Willen Frankreichs zur Durchführung gekommen, das in
Verfallers das Saargebiet hatte annektieren und nachher
eine Annexion auf Umwegen hatte erreichen wollen. Selbst
wenn ein englischer Diplomat Präsident der Saargebiet-
kommission geworden ist, hat sich an dem beherrschenden Einfluß
Frankreichs in der Saargebietskommission nichts geändert. Je näher
der Abstimmungstermin, Anfang 1935, heranrückt, um so
mehr tritt die Beeinflussung aller Regierungsmaßnahmen
an der Saar durch Frankreich zutage. Geradezu heillos sind
die Verhältnisse aber seit einigen Monaten geworden. Ob-
wohl nicht der geringste Anlaß zu Verstärkungen für eine
Verschärfung der Ruhe und Ordnung gegeben war, erließ
die Saargebietskommission im Sommer eine Verordnung, die nicht
nur und nicht weniger besagt, als daß jede politische Wil-
lensmeinung der Bevölkerung zugunsten Deutschlands „als
verwerfliches Moment“ aufzufassen und deshalb zu ver-
werfen ist. Andererseits dürfen jene Elemente, die für Frank-
reichs Annexionsbestrebungen an der Saar sich einlegen,
unverzüglich ihre Agitation einstellen und in unsittlicher
Weise gegen das Deutschland Adolf Hitlers in Wort und
Tat tätig sein. Während der Nationalsozialistischen Re-
gierung verboten wurde und den übrigen deutschen Par-
teien öffentliche Demonstrationen untersagt sind, dürfen am
Saar der großen Niederwald-Kundgebung von sozialdemo-
kratischen kommunistischen Seite öffentliche Demonstrationen
mit aus Leihgängen herangezogenen gekauften Elementen
in den beiden größten Städten des Saargebiets, Saar-
brücken und Neunkirchen, durchgeführt werden. Separatisti-
schen Kreisen wird nicht nur Asylrecht gewährt, sondern die
Möglichkeit zu antideutscher Betätigung durch materielle
Unterstützung und durch Unterbringung in staatlichen Stel-
lungen gegeben. Reichsdeutschen dagegen wird die Aufent-
haltungsgenehmigung an der Saar verweigert bezw. ent-
zogen. Unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Vormacht-
stellung versucht die französische Grunderwerbsverwaltung, die
kleinen saarbrückener Bergleute zum Besuch französischer
Schulen zu zwingen, während die Abwehr der deutschen
Kreise zugunsten der deutschen Schulen von der Saargebie-
tsverwaltung verfolgt wird.

Das Ungeheuerlichste ist die Durchführung der saar-
brückener politischen Polizei mit französischen
republikanischen Ausländern. Diese Maßnahme be-
trifft nichts anderes als eine systematische Bepöhlung der
Saargebietskommission durch die Saargebietskommission und damit eine
Beeinflussung der Volksabstimmung an der Saar zugun-
sten Frankreichs oder eines autonomen Staates. Hat doch
die Saargebietskommission, die „Daily Express“ feststellt, daß obwohl die
Bevölkerung an der Saar ungewissenhaft deutsch sei und ohne
Zwang für Frankreich zu sein, die Saargebietskommission
den Willen hat, die Bevölkerung zu zwingen, für Frankreich zu sein.

Es liegt hier ein ganz offener und bewußter Bruch
der Verfallers Bestimmungen vor. Wilson und Lloyd
George haben damals der französischen Saar-Annexion
nicht zugestimmt, weil sie trotz der gefälligen Saarländer-
Adresse Clemenceaus erkannt hatten, daß das Saargebiet
nach seiner bevölkerungspolitischen Zusammensetzung, seiner
wirtschaftlichen Struktur und kulturellen Entwicklung un-
zerrennbar mit Deutschland verbunden ist. Diese Ueber-
zeugung ist durch die abgelaufenen vierzehn Jahre bestä-
tigt worden. Die Saargebietsbevölkerung hat erst vor weni-
gen Wochen am Niederwald-Donnerstag ihre unzerrennbare
Verbundenheit mit dem deutschen Vaterland in einer wucht-
vollen Kundgebung zum Ausdruck gebracht. Wenn es trotz-
dem die Saargebietskommission als Beauftragte des Völkerbundes
fertigbringt, das Deutschland an der Saar in dieser Weise
mündlos zu machen und alle Maßnahmen einleitet, hat
um gegebenenfalls den Willen der Bevölkerung
mit Polizeimaßnahmen zu brechen, dann ze-
scheint es an der Zeit, daß die ganze deutsche Öffentlichkeit
dieses Verhalten brandmarkt und das geistige deutsche Volk
aufruft, sich hinter die Worte des Reichstanzlers Adolf
Hitler zu stellen, die er am Niederwald den Saardeutschen
zugerufen hat: „Weder kann das Reich Verzicht
leisten auf euch, noch könnt ihr Verzicht lei-
sten auf Deutschland!“

An acht Tagen tritt in Genf die Vorkonferenz des
Völkerbundes zusammen, zu welcher sich neben dem Reichs-
außenminister von Neurath auch Reichsminister Dr. Goeb-
bels begeben wird. Wir sind gewiß, daß beide Herren nicht
nur die offiziellen Tagungen dazu benutzen werden, Deutsch-
lands unabgeklärtes Recht auch auf das Saargebiet mit aller
Entschiedenheit zu verteidigen, sondern auch in den offiziel-
len Besprechungen zwischen den Ministern der anderen Län-
der auf die unhaltbaren, die Autorität des Völkerbundes
selbst berührenden Maßnahmen der Saargebietskommission hin-
zuweisen. Wenn Frankreich und seine Verbündeten in der Ab-
rüstungsfrage Vertragsbestimmungen böswillig verletzen,
so ist das eine Angelegenheit, die die beteiligten Staaten
unter sich selbst ausmachen müssen — Deutschland wird dar-
aus die sich im Interesse seiner Sicherheit ergebenden Aus-
wirkungen ziehen müssen — wenn aber der Völkerbund
durch die von ihm beauftragte Saargebietskommission böswillig
und systematisch Vertragsbestimmungen zugunsten einer der an
der Saargebiet beteiligten beiden Parteien bricht, dann ist
das eine Angelegenheit, die die ganze Menschheit angeht.

Pariser Vorkonferenz

Die große englisch-französische Aussprache

Im französischen Außenministerium begannen am
Montag die entscheidenden französisch-englischen Bespre-
chungen, deren Ergebnis die Grundlage für die weiteren
Verhandlungen der Abrüstungskonferenz bilden soll.

Daß die Gegensätze zwischen dem abrüstungsfeindlichen
Frankreich und dem an einem positiven Abschluß der Kon-
ferenz interessierten England nicht leicht zu überbrücken sein
werden, haben schon in den letzten Wochen die Ausein-
andersetzungen zwischen der englischen und der französischen
Presse gezeigt. Während in England gerade in den letzten
Tagen mit großer Entschiedenheit betont wird, daß die
von Frankreich geforderte Kontrolle allgemein durchgeführt
und von einer sofortigen Begrenzung und einer festen Ver-
pflichtung zur späteren Herabsetzung der Rüstungen beglei-
tet sein müsse, wiederholt die offizielle französische Presse
in ausführlicher Form die alten Garantieforderungen. Der
„Excelsior“ erklärt, mehr denn je habe die französische Re-
gierung allen Grund, jede etwaige Herabsetzung ihrer Ver-
teidigungsmittel von der Wirksamkeit einer ihr angebote-
nen internationalen Garantie abhängig zu machen. Die
Mindestgarantie bestünde in folgendem:

1. in der Vereinheitlichung der Armeestypen auf der Grund-
lage einer Miliz, mit freiwilliger Dienstleistung unter Aus-
schluß aller halbstaatlichen Verbände;
2. in der Schaffung einer internationalen, automatischen, stän-
digen, an Ort und Stelle durchzuführenden Kontrolle, die
Sanktionen vorseht und sich sowohl auf den Ankauf wie
die Herstellung von Kriegsmaterial sowie die angemessenen
oder geheimen Waffenslager erstreckt;
3. in der Annahme einer vier- bis fünfjährigen Probezeit
durch alle Staaten, die die Feststellung ermöglicht, daß die
in Frage kommenden Kontrollen regelmäßig und wirksam
funktionieren.

Das Blatt glaubt, daß dieses Programm der Prü-
fung für den guten Willen der anderen Regierungen
bilden werde. Es spricht von der besonderen „psycholo-
gischen Lage“ Frankreichs, das von Deutschland nur durch
den Rhein getrennt sei. In dieser Lage könnte keine
Regierung ihre nationale Verteidigung abgeben, nachdem
81 600 Führer von Sturmverbänden aufmarschiert seien, die
als Gruppenführer von mehr als zwei Millionen Mann in
Frage kommen. Nichts werde Frankreich von seiner stän-
digen Politik der Eintracht abbringen können, die man zu
Unrecht in Berlin als Entzweiungspolitik betrachte. Die
französische Regierung sei nach wie vor bereit, auf politi-
schem wie auf wirtschaftlichem Gebiet mit Deutschland bei

ihm, eine einseitige Abrüstung gegenüber einem Deutschland
zu fordern, dessen moralische und materielle Aufrüstung offen
zu Tage trete.

Diese Ausführungen des offiziellen französischen Blattes
find vor allem an die Adresse Englands gerichtet, das von
den verächtlichen und friedlichen Absichten Frankreichs über-
zeugt werden soll. In Wirklichkeit ist der naive Egoismus
Frankreichs, das an seinen Rüstungen nichts ändern und
nur die entwaflneten Länder einer neuen diskursiven Kon-
trolle unterwerfen möchte, unverändert geblieben. Von den
Abrüstungsmaßnahmen, die Frankreich bei Erfüllung seiner
überlieferten Forderungen vornehmen würde, ist bezeichner-
erweise auch jetzt mit keinem Wort die Rede.

Der deutsche Standpunkt muß immer wieder zum Aus-
druck gebracht werden, daß nämlich die Abrüstungskonferenz
nicht endlich zu wirklichen Abrüstungseinsparungen kommen
muss. Es ist die Aufgabe der gegenwärtigen Pariser Be-
sprechungen, dafür zu sorgen, daß das Grundproblem der
Herabsetzung der Rüstungen bei den hochgerüsteten Staaten
nun endlich in Angriff genommen wird. Als Voraussetzung
dazu dient zunächst einmal die Anerkennung des MacDo-
nald-Planes durch Frankreich.

Die große Kluft

Die meisten englischen Blätter bringen Meldungen ihrer
Pariser Korrespondenten über die französische Haltung, wie
sie nach den Ausführungen der französischen Presse erscheint.
Der Pariser „Times“-Korrespondent sagt, an eine umfas-
sende Verhandlung werde „angesichts der Ereignisse in
Deutschland“ nicht mehr gedacht. Es werde gehofft, daß
eine deutsche Erklärung über die britische Politik es er-
möglichen werde, Deutschland „ein festes Angebot“ zu
machen. Die französische Politik sei beherrscht von der
Furcht vor einem plötzlichen Angriff. Das Großbritanniens
kein bindendes Versprechen betreffs Intervention oder Un-
terstützung geben könne, wisse man gut; aber man halte bei
der Lage engste Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern
für unentbehrlich, da Frankreich, wenn es allein zu han-
deln gezwungen wäre eine ganz andere Haltung einneh-
men würde.

Der mehr oder weniger in französischem Fahrwasser
schwimmende Korrespondent der „Morningpost“ hält eine
Ueberbrückung der Kluft zwischen dem französischen und dem
britischen Standpunkt kaum für denkbar und sagt, wenn
von Frankreich, entsprechend dem italienischen Wunsch, eine
sofortige Rüstungsverminderung verlangt werde und wenn
Frankreich innerhalb des Viermächtepakt in die Minder-
heit gerate, so würde die französische Regierung andere
Mächte zur Unterstützung aufsuchen; sie würde dann Polen,
die kleine Entente und Sowjetrußland, vielleicht auch noch
die skandinavischen Länder und Japan auf ihrer Seite
haben.

Beginn der Verhandlungen

Die englisch-französischen Besprechungen über die Ab-
rüstungsfrage haben am Montag gegen Mittag im Arbeits-
zimmer des Außenministers Paul-Boncour begonnen. Von
französischer Seite nahmen außer dem Außenminister selbst
der Generalsekretär von Quai d'Orsay Degery, der Direk-
tor der Völkerbundsabteilung Massigli und der Gene-
ralsekretär der französischen Abrüstungsdelegation Jean
Paul-Boncour teil. England war vertreten durch
den Unterstaatssekretär Eden und den englischen Dele-
gierten in Genf Cadogan.

Havas behauptet, daß im Vordergrund die Bespre-
chungen über die Kontrolle stehen. Die englischen Delegierten
haben ihre Absicht nach Genf auf heute Abend festgelegt.
Man nimmt an, daß zuvor noch eine gemeinsame Bespre-
chung zwischen dem englischen, französischen und amerika-
nischen Vertreter stattfinden wird.

In London hatte Premierminister MacDonald mit
dem amerikanischen Delegierten für Genf, Norman
Davis, eine lange Unterredung über die Abrüstungs-
konferenz. Anschließend begaben sich Norman Davis und
der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson nach
Paris, um sich in die französisch-englische Aussprache einzu-
schalten.

Zahlreiche Meinungsverschiedenheiten

In einem Havasbericht über den Verlauf der Verhand-
lungen wird gesagt, daß in zahlreichen Punkten noch Mei-
nungsverschiedenheiten bestehen.

Nach Havas beschäftigt es sich, daß der Unterstaatssekretär
Eden und wahrscheinlich auch Norman Davis sich zu einer
von Paris nach Rom begeben werden.

Reise Gömbös nach Paris

Das Pariser Blatt „Petit Journal“ berichtet auf Grund
von Informationen aus Budapest, daß der ungarische Außen-
minister Ranya u. a. in Paris landiert habe, ob der Besuch
des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös der französi-
schen Regierung genehm sei. In Paris habe man sich zu-
nächst über die Reise des Gömbös geäußert.

Die Spangenberg Zeitung ist eine der größten Zeitungen in der Provinz. Sie ist eine der größten Zeitungen in der Provinz. Sie ist eine der größten Zeitungen in der Provinz.

Die Spangenberg Zeitung ist eine der größten Zeitungen in der Provinz. Sie ist eine der größten Zeitungen in der Provinz. Sie ist eine der größten Zeitungen in der Provinz.

Deutscher Erntedanktag

Am 1. Mal hat das deutsche Volk in überwältigender Geschlossenheit ein Bekenntnis zum deutschen Arbeiter und zur nationalen Arbeit abgelegt. Der Tag der nationalen Arbeit wurde im ganzen Reich feierlich begangen, um dem deutschen Volke in allen seinen Ständen die Würde und Ehre der werthschaffenden Arbeit und die innere Verbundenheit ihrer Träger mit der Nation lebendig vor Augen zu führen. Nimmst du stehen wir am Ende eines durch Saal und Ernte begrenzten Zeitlaufes.

Am Sonntag, den 1. Oktober, soll ein Deutscher Erntedanktag das Bewußtsein der Blutsverwandtheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Bauernlume zum Ausdruck bringen.

Der deutsche Bauer hat durch treue Erfüllung seiner immer wiederkehrenden Aufgaben am fruchtbaren Boden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Deutschland ohne Nahrungsmittel aus dem kommenden Winter entgehen kann. Der deutsche Bauer will darüber hinaus auch im besonderen Maße beim Winterhilfswerk des deutschen Volkes gegen Hunger und Kälte mitarbeiten.

In Würdigung der besonderen Bedeutung des Bauern für die ganze Nation hat die Reichsregierung gerade in diesen Tagen besonders einschneidende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu seinem Schutz ins Werk gesetzt. Das ganze Volk aber begehrt mit dem deutschen Bauern zusammen in Dankbarkeit gegen Gott den Abkühl der Ernte.

Eine große Kundgebung der deutschen Bauern auf dem Büchelberg bei Hameln wird über alle deutschen Sender übertragen und vom ganzen Volke miterlebt werden; in allen Städten und Dörfern wird der Tag des deutschen Bauern würdig ausgefallen und im gemeinsamen fröhlichen Beisammensein begangen werden.

Das deutsche Volk bekennt sich am 1. Oktober in seiner Gesamtheit zu seinem Bauernlume. Es bringt damit feierlich zum Ausdruck, daß es im Bauernstande die Lebensgrundlage der deutschen Zukunft erblickt.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

Hafenprotokoll unterzeichnet

Danzig-polnisches Abkommen in Kraft.

Das Protokoll über die Durchführung des Danzig-polnischen Abkommens über die Ausnutzung des Danziger Hafens ist in Warschau unterzeichnet worden.

Wie die Danziger Regierung mitteilt, ist auch das feierliche nur paraphierte Abkommen über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache im Gebiet der Freien Stadt Danzig von dem Präsidenten des Senates und dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig unterzeichnet worden.

Zu der Unterzeichnung des Danzig-polnischen Hafenprotokolls gibt die Pressestelle des Danziger Senates eine Mitteilung aus, in der darauf hingewiesen wird, daß die polnische Regierung die Verpflichtung übernommen hat, eine Verminderung des gegenwärtig über den Danziger Hafen gehenden Verkehrs zu verhindern. Dem Danziger Hafen soll in Zukunft ferner nach Möglichkeit eine gleiche Beteiligung am seewärtigen Verkehr gewährt werden. In der Zeit vom 1. Oktober 1933 bis zum 30. September 1934 müssen bestimmte Mengen gewisser in einer besonderen Liste enthaltenen Waren im Danziger Hafen umgeschlagen werden. Tritt bei dem Verkehr dieser Waren eine Verminderung ein, die nicht durch Zunahme einer anderen Ware ausgeglichen wird, so werden die beiden Regierungen über die Möglichkeit eines Ausgleiches verhandeln. Beide Regierungen werden innerhalb ihrer Zuständigkeit und ihres finanziellen Leistungsvormögens Maßnahmen zur Senkung der Umschlagkosten im Danziger Hafen auf ein Niveau treffen, das den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Hinterlandes entspricht und dem Danziger Hafen ermöglicht, dem Wett-

bewerb anderer Häfen zu begegnen. Eine partielle Kommission wird vierteljährlich über die Verkehrsentwicklung berichten. Die Danziger Regierung, so heißt es dann in dem Communiqué, weist erneut darauf hin, daß die jüdischen Kaufleute im Danziger Hafen bei ihrer geschäftlichen Betätigung volle Freiheit haben und daß diese Freiheit nicht angetastet oder beschränkt werden wird.

Benechs Mitteleuropa-Plan

Konferenz der Kleinen Entente.

Bukarest, 18. September.

Wie mitgeteilt wird, ist die Zustimmung des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benech zur Abhaltung der Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia am 25. oder 26. dieses Monats eingetroffen. Da auch die Zustimmung des jugoslawischen Außenministers Jelic bereits vorliegt, ist die Abhaltung der Konferenz zur angegebenen Zeit zu erwarten. Der sogenannte Mitteleuropa-Plan Benechs, der bei dieser Gelegenheit von den Außenministern erörtert werden soll, enthält hauptsächlich Vorschläge wirtschaftlicher Art, die auf eine Reorganisation der gesamten Bodenproduktion der drei Bündnisparteien zwecks Herstellung eines Produktions- und Warenaustausches hinführen.

Benech soll eine prinzipielle Einigung der drei Außenminister fordern wollen, während die näheren Beschlüsse von Fachleuten der drei Staaten gefaßt werden sollen. Der Plan soll progressiv verwirklicht werden in der Art, daß jeder Staat seine verschiedenen Produktionszweige fortschreitend teilweise einschränkt, teilweise ausbaut. Erst wenn die Entwicklung der Vorschläge innerhalb der drei Bündnisparteien positive Resultate gezeigt hat, soll auch an die übrigen Staaten Mitteleuropas mit gleichartigen Vorschlägen herangeführt werden.

Im Urwald umgekommen

Eine große Schluppe der bolivianischen Truppen.

La Paz, 19. September.

Der bolivianische Generalstab veröffentlicht folgende Mitteilung:

Abteilungen, die im Abschnitt Arce kämpften, haben sich im Urwald verirrt und wurden dort vom Feinde umzingelt und von der Zufuhr abgeschnitten. Viele sind infolge von Hitze und Durst ums Leben gekommen. Nach drei Tagen ließ der Widerstand des Feindes nach und die bolivianischen Truppen machten zahlreiche Gefangene. Aber man vermutet, daß die im Urwald gebliebenen Truppen ums Leben gekommen sind, weil die für sie angelegten Verpflegungstraktiere infolge von Kämpfen in anderen Abschnitten zurückgehalten worden waren.

Das Kriegsministerium Paragways teilt mit, daß der Gegner infolge seiner Niederlage in den Kämpfen von Rancho Ocho, Falcon und Francia den Rückzug angetreten habe. Er lasse viele Gefangene, Tote und Verwundete zurück.

Selbstmord eines zum Tode Verurteilten

Libed, 19. September. Wie die Pressestelle des Senats mitteilt, hat der am Sonnabend wegen Ermordung des Nationalsozialisten Willi Meinen zum Tode verurteilte Arbeiter Kießling sich am Montagmittag in seiner Gefängniszelle erhängt.

Kommunistische Brandstiftung

23 Scheunen in oberfränkischem Dorf abgebrannt

Kronach (Oberfranken), 19. September.

Ein tiefer Brand hat in der Nacht den Ort Wallenfels heimgesucht. Dem räuberischen Element fielen insgesamt 23 Scheunen zum Opfer. Der Schaden ist, da die Scheunen bereits Erntegut bargen, außerordentlich groß. Es steht außer Zweifel, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist, da die Flammen zu gleicher Zeit an vier verschiedenen Stellen ausluderten.

Die Brandstifter sind so raffiniert vorgegangen, daß die Feuerwehr den mittleren Scheunen — es handelt sich bei dem Brandobjekt um ein großes Häuserier — nicht beikommen konnte, da der Brand gleichzeitig an vier Ecken

anggelegt wurde. Wie die „Fränkische Presse“ berichtet, sind

die Brandstifter kommunistische Elemente.

Bereits eine Stunde nach Brandausbruch hatte das Feuer so weit um sich gegriffen, daß 23 Scheunen und eine Menge kleinerer Gebäude, die mit ungedroschenem Korn, landwirtschaftlichen Maschinen, Stroh und Heu angefüllt waren, zusammenstürzten.

Schweres Schiffsunglück in Malmö

Malmö, 19. September. Der Dampfer „Malmö“, der den Verkehr zwischen Malmö und Kopenhagen ausrichtete, stieß beim Einlaufen in den hiesigen Hafen mit einem norwegischen Dampfer zusammen. Die beiden Schiffe wurden infolge des wuchtigen Zusammenstoßes stark beschädigt. Etwa 50 Passagiere wurden verletzt. Das Unglück soll auf fehlerhafte Steuerung zurückzuführen sein.

Die Orkantatarkrope in Mexiko

Zahlreiche Todesopfer. — Ungeheure Verwüstungen.

Mexiko-Stadt, 19. September. Nach den letzten Meldungen sind durch den Orkan in Tampico 67 Personen tot und 100 verletzt worden. Viele Tausende sind obdachlos geworden. Der Schaden wird auf viele Millionen Dollar geschätzt. In San Luis Potosi hat der Sanluis-Orkan den Damm gesprengt, wette Gebiete überschwemmt und die Häuser von der Umwelt abgehoben. Etwa 100 Personen sind ertrunken.

In anderen Teilen des Landes wurden mehr als 30 Personen getötet. In Tepic, einer Vorstadt von Tepic, erlitten über 150 Personen Verletzungen.

Der Wirbelsturm, der den Golf von Mexiko heimsuchte, hat seinen Weg nach der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten genommen und auch hier große Verheerungen angerichtet. Allenthalben wurden die Wassermassen der Flüsse über die Dämme getrieben und überschwemmten das angrenzende Land, Straßen und Eisenbahnen. In West-Virginia (Pennsylvania) war der Schaden am schlimmsten. Hier entkamen 8000 Bergleute mit trapper Not den Wassermassen, die in das Bergwerk eindringen. Ein Bergmann ist ertrunken.

Aus der Landwirtschaft

Zur hilfsbedürftige landwirtschaftliche Gläubiger

Der preußische Minister des Innern gibt in einem Rundschreiben von einem Schreiben Kenntnis, das der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Frage der Fürsorge für hilfsbedürftige landwirtschaftliche Gläubiger an den Reichsarbeitsminister gerichtet hat. Es heißt darin u. a.: „Wiederholt sind bei mir Klagen darüber geführt, daß die Wohlfahrtsämter Gesuche um Unterstützung bei der Begründung ablehnen, daß der Antragsteller im Sinne der Vorschriften nicht unterstützungsbedürftig sei, da er hypothekarisch gesicherte oder ungesicherte Forderungen besitze. Soweit sich derartige Forderungen gegen Landwirte richten, bitte ich zu prüfen, ob eine gewisse Auflockerung der Bestimmungen möglich erscheint, da infolge des Hypothekenmortalitäts, des landwirtschaftlichen Volkstretungszyklus und des Schuldenregelungsgeleges in den letzten Jahren nicht allein das Verlangen auf Rückzahlung des Kapitals oder die Eintreibung einer Kapitalforderung verhindert ist, sondern auch rückständige und laufende Zinsen unentziehbar sind. Inwieweit damit die vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen Urteile für die Nichtzahlung der Verpflichtungen sind, oder ob nicht vielmehr die Notlage der Landwirtschaft auch ohne diese gesetzlichen Vorschriften die gleiche Wirkung erzielt haben würde, mag dahingestellt bleiben. In vielen Fällen jedenfalls wäre ohne die vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen bereits offenbar geworden, daß der Gläubiger eine wertvolle Forderung besitzt und daher in Wahrheit vermögenslos ist.“ Anschließend stellt der preußische Minister des Innern in dem Rundschreiben fest, daß nach Paragraph 8, Absatz 1, der Reichsgrundbuch-Verordnung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge zu den eigenen Mitteln, die der hilfsbedürftige einlegen muß, ihm die Fürsorge Hilfe gewährt. Vermögen und Einkommen nur in soweit gehören, als sie verwertbar sind.



Verleger-Rechtschluß durch Verlag Oskar Neffler, Werbau I. G.

(14. Fortsetzung.)

Das ließen sich die Mädels nicht zweimal sagen. Wie eine aufgeschreckte Herde stoben sie davon.

„Sagt du das kleine Fräulein eingeführt?“ fragte er nicht ohne Spott.

„Gabe ich! Uebrigens klein ist sie nicht, die wird keine Größe haben.“

„Schließlich ist sie auch so schön wie ich!“

„Weißt du das so genau, Bi?“ lachte Markoff.

Troden entgegnete sie: „Ich habe einen Spiegel und sehe auch die anderen Menschen! Wie gefällt dir denn die Kleine?“

„Sie ist reizend! So frisch und unverdorben, und ich denke, auch sehr tüchtig. Ich bin froh, daß ich mit der Büroarbeit nichts mehr zu tun habe.“

„Das begreife ich! Sag mal, dein Vater hat wohl viel Vertrauen zu der Kleinen?“

„Wie interessiert dich das? Ich lebehaft für die Neue? Sie wird ihre Arbeit tun. Jeder tüchtige Mensch ist uns wertvoll! Schluß damit!“

„Mein lieber Junge... ich denke ein wenig weiter! Ich denke daran, daß du einmal... sehr, sehr leichtfertig warst und deine Augen auf so manches einigermaßen schöne Mädchen warfst.“

„Das ist mehr als überleben!“

„Vielleicht! Aber das Mädel im Büro ist hübsch, bestimmt, wenn sie sich richtig aufmacht, vielleicht sogar sehr hübsch. Du kommst immer mit ihr zusammen! Ich werde nicht dulden, daß...“

„Sprich nicht weiter! Das ist ja alles Unsinn! Hast du Grund zu klagen, weil ich dich kenne... und liebe? Wenn du willst...“

„Ich sage dir, wann wir heiraten wollen. Ich rede heute noch mit meinem Vater.“

„Siehst du mich wirklich, Mark?“

„Siehst du mich wirklich, Mark?“

„Ich liebe dich, Bi!“ antwortete er einfach.

„Ich liebe dich, Bi!“ antwortete er einfach.

„Ich liebe dich, Bi!“ antwortete er einfach.

„Ich liebe dich, Bi!“ antwortete er einfach.

„Ja!“ bekannte er zögernd. „Mein Vater...“

nicht! Das weißt du. Du kennst auch den Grund. Damals, als du mit der Peitsche beim Mädel triffen wolltest...“

„Es geht im Leben manchmal nicht ohne Peitsche.“

„Wir wollen darüber nicht streiten. Sage mir, was du zu tun beabsichtigst!“

„Nur ein wenig warten, mein Väter!“

Markoff sah finster vor sich hin. „Warten... warten! Seit Monaten sagst du mir das! Ich will nicht mehr warten!“

Sie trat dicht zu ihm hin und lebte den Kopf an seine Schulter.

„Nur noch Wochen... nur noch vier Wochen, Mark!“

Dann küßte sie ihn, heiß und leidenschaftlich, und der Kuß besiegte den Widerstand.

„Vier Wochen!“ wiederholte Markoff leise. „Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Gut, Bi, die will ich noch warten.“

„Ganz einfach, er genießt das unumschränkte Vertrauen der Chefs. Nichts zu machen! Da gibt's keine Kontrolle, bewahrt! Wenn ich hier zwanzig Pfund sich kriegt, und die Rechnung lautet auf dreißig Pfund... da trägt kein Mann danach.“

„Das wäre ja schlimm!“

„Stich dich! Ich bin so glücklich und glücklich. Die klagen auch. Die ganze Stallbesatzung klagt. Zu wenig zu freieren kriegen die Tiere. Sagt man hollerbe! was dann wird er grob und sagt: „Ich erziehe an den Rechnungen, daß genügend gekaut wird.“

„Dann werden wir Petersen auf die Finger auf!“

„Tun Sie das mal! Ich helfe mit! Von morgen ab wiege ich alles was kommt nach und schreib's Ihnen auf. Da können wir ihn fassen! Keuch hat er mir ein paar Bungen geliefert, ich habe sie gar nicht verarbeitet. Hatte eine Ahnung, daß sie von verworrenem Vieh sein könnten.“

„Schön, Herr Klitz, ich will dem Zirkus nützen und werde meine Augen offenhalten.“

„Da kommt Petersen.“ flüsterte der Koch und erhob sich. Toni blickte nach dem Eingange. Dort stand ein schlanker, großer Herr, elegant, wie aus dem Elze, Lachschne und Gamolchen, mit wichtigem Gesicht, als sei er der Großmutter selber.

Langsam Schritte kam er auf Toni zu: „Sind Sie fertig mit dem Essen, Fräulein?“

Toni blickte ihn ganz unschlüssig an.

„Mit wem habe ich die Ehre?“ fragte sie harmlos. Klitz und die anderen Artisten, die gerade anwesend waren, schmunzelten.

„Oh! Sie kennen mich noch nicht! Ach... Arno Petersen.“

„Zur Orientierung, weil obliegt der ganze Anlauf von Futter, Nahrungsmitteln und anderen Materialien.“

„Angenehm, mein Name ist Toni Hardenberg. Sie dürfen sich legen!“

Petersen war ehrlich verblüfft, und das Gesicht, das er machte, war nicht gerade geistvoll zu nennen.

„Sie sind von einer überragenden Güte, meine Gnädige!“ sagte er dann voll Spott.

„Und Sie von einer überragenden Größe, mein Herr!“

„Neht lachte Klitz auf, es war ihm so herauszufallen. Da anderen Zuhörer lachten mit. Petersen wurde rot vor Wut.“

„Ich verblühte mir solche Scherz! Habe nicht viel Zeit. Ich brauche das Geld! Hier ist die Rechnung. Herr von Holler, bel hat sie bereits figniert.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

„Es ist gut, sobald ich fertig bin, werde ich den Schel ausstellen.“

Der schöne, herbe und bunte Herbst lockt in die
den klaren Septembertagen die Mühe des
noch schönerer Sicht belohnen, an die See.

merlich warm gelieben und doch oft zur Freude der
trüglicher bewegt ist als im Hochsommer, in die
die hitz bunt zu färben beginnen, in die Wälder,
der Zeit des Jahres Ruhe wieder mit mannigfaltigen
der sommerlichen Ruhe wieder mit mannigfaltigen
und vielerlei Wurzel und den Gast erfreuen. Die
sungen, die alles prüfen und das Beste behalten, loben
Ruhe der nun nicht mehr so lauten und überlauten
Erholungsorte. Die Sparamen wissen, daß sie jetzt
stilleren. Preisen rechnen können als in den
eremmonalen. Und nur die Gebethen, die niemals zu
kommen und auch die Warnungszeichen des über-
Körpers nicht hören wollen, verließen die Er-
nicht so lange, bis es zu spät ist. Viele allerdings
nicht Lenzlichkeit, Unentschlossenheit und Bedenken:
Hunderttausende blieben eingepannt in den Dienst
Heil und Vaterland. Sie durften und konnten nicht an
eigen Wohl denken, weil ein höheres Gesetz sie in
eigen Wohl, wo das neue Reich gekerkert steht, wer-
sich die notwendige Atempause gönnen dürfen,
zu frischer Arbeit zu kräftigen. Denn wenn Gei-
Körper nicht mehr guter Dinge sind, kann auch das
nicht Gehörtheit, Lebensfreude, Arbeitskraft
seiner Geist gut zu seiner Zeit. Wer aber auf
seiner Gesundheit spart, ist ein schlechter Hausvater.
niel die Gesundheit das wertvollste und höchstver-
gut. Spart Gesundheit, sperrt Lebenskraft auf
des Geldes! Die aber findet ihr allenthalben in
den Händen. Und die Heimat gibt euch überall, wo
ist — und wo wäre sie nicht schön? — für gerin-
und mehr Lebenskraft als ihr mit goldenen Schätzen
kann. So allein erhaltet ihr eure Arbeitskraft,
und findet ihr zugleich Arbeit, die für die schwerste
unseres Volkes das wundervollste Heilmittel ist.
ist für euch nur Freude, Erholung, Gesund-
heit, die euch von Ort zu Ort bringen, euch
nähren und verpflegen, euch bedienen und für euer
Vorgänger sorgen, für Tausende ist dieses Verreisen
Dienst, Rettung vor dem Untergange. Denkt dar-
auf, daß die Mark, deren Umlauf ihr aufstaltet, schon im
heute haule Welt.

NS-Schulungskursus. Lt. Anordnung der obersten NS-Führung sollen in allen Ortsgruppen der NS-Schulungskurse für die Parteigenossen abgehalten werden. Diese Abende sollen lediglich dem Zweck haben, die Pg. tiefer in das nationalsozialistische Gedankengut einzuführen und Fragen jeglicher Art zu klären. In der ersten Ortsgruppe soll morgen Abend mit dem Kursus begonnen werden. Es wird für die Pg. zweckmäßig sein, mit Papier u. Bleistift zu versehen. Näheres f. unter dem Breitt der Partei!

+ **Strom gesperrt.** Wegen dringender Arbeiten
des Fernsprechnetz wird der Strom am Mittwoch,
20. Sept., von 12 — 13 Uhr gesperrt.

Die 3 von der Tankstelle. Auf vielfachen Wunsch der Kinobesucher läuft am Sonnabend und Sonntag im hiesigen Theater der bekannte fesselnde Film „Die 3 von der Tankstelle“ Lilian Harvey u. Willy Fritsch. Von dieser jeden Besucher in Vann halten.

Wichtig für Erwerbslose. Wir machen auf heutige Bekanntmachung im Anzeigenteil aufmerksam, damit sich alle Arbeitslosen, Kranken- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger morgen auf dem Bürgermeistertisch melden sollen.

+ **Mütterberatung.** Am Mittwoch den 20. 9. 33
 der alten Schule (Kirchplatz Nr. 130). Alle Mütter mit
 Säuglingen und Kleinkindern sind eingeladen. Beratung
 unentgeltlich.

Spangenberg HJ. Schar wird Gefolgschaft.
Zugunzweife der nunmehr gebildeten Hitler-Zug-
gruppen hatten sich am Sonntag außer dem hiesigen
Untergruppenleiter Pa. Jenner sämtliche Führer des Unter-
gruppen Feilsberg, sowie die hiesige Schar, im Zeichen-
Waldhölzchen zusammengefunden. Zur Einleitung
dieser die HJ-Kapelle des Heffenlandmarsch. Danach
wurde der Untergruppenführer Feilsberg vor, und
Hörde wurde zum Führer der Gefolgschaft III Spang-
enberg des Unterbannes Feilsberg bestimmt. Sodann
griff Ortsgruppenleiter Jenner das Wort. Er führte
folgendes folgendes aus: In der HJ., die die zu-
künftige Führergeneration in Deutschland sein wird, muß
in diesen Dingen Zucht und Ordnung herrschen, damit
mit diesen, übrigen urbedingten Eigenschaften, ein
unbedingtes Vorbild für die gesamte deutsche Jugend ab-
geben. Nicht danach können wir den deutschen Menschen
urteilen, ob er blaue Augen und blonde Haare hat,
sondern einzig und allein danach, ob er seine Pflicht erfüllt
und seinen Fähigkeiten entsprechend am großen Werte
Hitlers mitwirkt durch Eifer und Arbeit. Hierauf
wollte Untergruppenführer Ruten besonders, daß die HJ-
Kampferin zur Ueberwindung des Kampfes, sein
wird. Ihr Kampf gilt den überbedingten Sinnhaftig-
keiten, die noch nicht die Idee Adolf Hitlers begriffen
haben. Es schloß sich eine Führerbegrüßung an, die sich
in mehrere Stichen ausdehnte.

**Anspruch auf Steuergutschrift nicht ver-
loren** Für die in der Zeit vom 1. Okt. 1932
bis 30. September 1933 fällig gewordene und entrichtete
Gemeinde-, Umlags- und Grundsteuern werden bekanntlich
Steuergutschriften in Höhe von 40 v. H. ausbezahlt. Bei
Gemeinde- und Grundsteuer werden auch die Zuschläge
der Gemeinden mitberücksichtigt. Wer fällig gewordene
Gemeinde-, Umlags- und Grundsteuern nicht bis zum 30.
September bezahlt, erhält keine Gutschrift. Verliert also
jeder Steuerpflichtige die 40 v. H. des Steuerbetrages. Als Eingahlungstag gilt

Der Tag des Eingangs der Finanzamt- oder Steuerbank im übrigen der Tag des Poststempels. Da jemand außer den zum Gutschein berechtigten Steuern noch andere Steuern zu zahlen — der Hausbesitzer z. B. Hauszinssteuer — und ist er zur Zahlung des gesamten Betrages bis zum 30. September nicht in der Lage, so kann er bestimmen, welche steuerliche Verpflichtung mit der Teilzahlung erfüllt werden soll. Er muß also auf dem Postaschchnitt oder auf einer besonderen Eingabe vermerken, daß seine Zahlung zur Tilgung der Gewerbesteuer, Umsatzsteuer oder Grundsteuer bestimmt ist. Ohne besonderen Antrag stellt die Steuerbehörde keine Gutscheine aus. Der Antrag braucht nicht sogleich bei der Entrichtung der Steuer gestellt zu werden. Die Steuergutscheine können auch nachträglich wegen der seit dem 1. Oktober 1932 fälligen und gezahlten Steuern beantragt werden, jedoch muß der Antrag bis zum 31. März 1934 bei dem zuständigen Finanzamt gestellt werden. Zuständig ist das für die Umsatzsteuer maßgebende Finanzamt. Bei Steuerpflichtigen, die nicht zur Umsatzsteuer herangezogen werden, kommen das für die Einkommensteuer zuständige Finanzamt in Frage. Der einmalige Antrag bei dem zuständigen Finanzamt auf Ausgabe von Steuergutscheinen genügt, um sich das Recht auf alle Steuergutscheine, die für den Antragsteller in Frage kommen, zu sichern. Wer Gewerbesteuer oder Grundsteuern an eine Landes- oder Gemeindekasse zahlt, muß jedoch dieses seinem für die Ausgabe von Gutscheinen zuständigen Finanzamt mitteilen. Die Kasse teilt dann dem Finanzamt nach Ablauf jeden zweiten Monats des Kalendervierteljahres die eingezahlten Beträge mit. Die beantragten Steuergutscheine werden bis zum 30. September 1933 ohne weiteres nur ausgegeben, wenn der aufgelaufene Betrag mindestens 500 RM. erreicht. Der Berechtigte kann jedoch beantragen, daß ihm auch vor dem 30. September 1933 Gutscheine über 50 RM. ausgeben- dig werden. Die für überschüssige Beträge zu veraus- gabenden kleineren Gutscheine über 10 RM. und 20 RM. werden erst nach dem 30. September 1933 ausgezahlt. Beträge unter 10 RM. und Zinsenbeträge, die durch 10 nicht teilbar sind, fallen aus. Die Gutscheine werden vom Finanzamt entweder ausgehändigt oder gegen Kosten- erstattung überandt.

Herbst-Preisschießen. Begünstigt vom herrlichen Wetter nahm das Herbst-Preisschießen des Kriegervereins am Sonntag einen guten Verlauf. Die Beteiligung war wieder eine sehr gute. Vom frühen Morgen bis spätem Nachmittag knallten die Büchsen. Alle Teilnehmer haben wieder schöne Stunden im herrlichen Eichengarten erlebt. Am Schluß der Veranstaltung dankte der Vorsitzende des Kriegervereins allen denen, die zum Gelingen des Schießens beigetragen haben. Er beglückwünschte ferner die Sieger und ermahnte, den Schießsport noch mehr als seither zu fördern. Mit einem Sieg-Heil auf den Reichstanzler und das deutsche Vaterland fand die Veranstaltung ihr Ende. Preisträger waren: 1. Albalbert Rheune 35 Ringe, 2. Wilh. Siebert 33 Ringe, 3. Richter, 4. Schwarz, 5. H. Hopppach I je 32 Ringe, 6. J. Rülmer 31 Ringe, 7. Wilmann, 8. Bauer, 9. C. Weisel, 10. Voß, 11. Kleinenkneider je 30 Ringe, 12. Lauterbach 29 Ringe, 13. Jung, 14. H. Kuroczy, 15. Chr. Hopppach II je 28 Ringe, 16. Heemann, 17. Diebel, 18. A. Müller, 19. A. Meurer, 20. L. Vertram, 21. G. Rohl II, 22. Fr. Müller, 23. Chr. Ehrlich je 27 Ringe, 24. J. Schmidt, 25. H. Hopppach II, 26. H. Mohr je 26 Ringe, 27. H. Wold I 25 Ringe. Die Gewinne bestanden aus 5 Pfd. Ralsbleich, 2×4 Pfd., 1 Füll, 6×3 Pfd., 14×2 Pfd., 2×1½ Pfd. und aus dem Kopf.

Neue Größbestimmungen für die Polizei. Wie der Umtliche Preussische Pressedient mittheilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Minister des Innern einen neuen Erundterlass betreffend Größbestimmungen für die Polizei an alle Polizeibehörden gerichtet. Danach haben künftig — abweichend von den bisherigen Bestimmungen — die Beamten der Schutzpolizei, Landjägeri und kommunale Polizei auch mit Kopfbedeckung in und außer Dienst den deutschen Größ anzunehmen.

Polizeibeamter schießt in der Notwehr. Der 54jährige Transportarbeiter Ernst Berger aus Jena wurde bei Verbruch, ein Sittlichkeitsverbrechen zu begehen, von einem Polizeibeamten überrascht. Als der Beamte ihn verhaften wollte, leistete er energischen Widerstand und wurde, sich mit einem Beil auf den Polizeibeamten zu stürzen. In dem sich entwickelnden Kampf wurde Berger von dem Polizeibeamten durch drei Schüsse getötet.

Feuerwehrlaute als Brandstifter. Vor etwa zwei Jahren brannten Wohn- und Stallgebäude sowie die Scheune des Landwirts Merlins in Hörsinghausen, Amt Balve im Sauerland, vollständig nieder. Die Brandursache konnte damals nicht festgestellt werden. Im Laufe der Ermittlungen wurden elf Personen festgenommen, und zwar der Landwirt Merlins und zehn Feuerwehrlaute der Gemeinde Garbeck, unter denen sich auch der Gemeindevorsteher befindet. Die Festgenommenen liegen jetzt im Gefängnis ab, und zwar gefand der Besitzer, daß er sein Gebäude in Brand gesteckt habe, um sich in den Besitz der 20 000 M. betragenden Versicherungssumme zu setzen. Die von der Feuerwehr zurückgeliebene Brandwache wurde reichlich mit Bier und Schnaps traktiert, und es wurde ihr flargemacht, daß ein vom Brande verschont gebliebener Speicher auch heruntergebrannt werden müsse, da das „Ding“ doch abgerissen werden müsse, wenn an einem anderen Orte aufgebaut werden solle. Dieser Wunsch des Besitzers wurde von den Feuerwehrlauten in die Tat umgesetzt.

Wesfel in der Führung der sächsischen SS.

Der SS-Oberführer Schlegel, Mitglied des sächsischen Landtages, der bisher die sächsische SS (Abschnitt II) führte, ist endgültig zum Chef eines hohen politischen Amtes in Dresden ernannt worden, das er bereits in den letzten Monaten nebenamtlich verwaltet hat. Er ist deshalb von der Führung der sächsischen SS. entbunden worden, die an seiner Stelle Standartenführer Döring aus Kassel übertragen wurde. Oberführer Schlegel behält aber seinen Rang und verbleibt nach wie vor in der sächsischen SS. Er ist auch ein Jahr lang als stellvertretender Kampfesang verbunden ist. Sie und Einab des Abschnitts II werden nach Dresden verlegt.

Der heftigste Ministerpräsident zurückgetreten. Der Reichsstatthalter in Hellen, Gauleiter Sprenger, hat dem heftigsten Staatsminister, Prof. Dr. Werner, seinem Ansuchen entsprechend, von seinem Amte entbunden. An seine Stelle tritt unter Ernennung zum Staatsminister und Vorsitzenden der Landesregierung der bisherige Staatssekretär der heftigsten Staatsregierung Philipp Wilhelm Jung. Das Gaupressamt teilt hierzu noch mit, daß der Reichsstatthalter sich nur schwer und nur im Hinblick auf die weltliche Vereinfachung in der heftigsten Staatsführung dazu entschließen konnte, dem Ansuchen Prof. Dr. Werners zu entsprechen. Sowohl bei jenseitigen, sind auch noch einige sonstige Veränderungen im heftigsten Bereichs vorzubereiten.

Zum 20. September einberufen.

Der Generatrat der Wirtschaft ist auf Mittwoch, den 20. September, vom Reichsanzeiger einberufen worden. Die Aufgaben des Generatrats sind beratender Natur. Er soll bei der Vorbereitung wirtschaftlicher Maßnahmen mitwirken. Am Mittwoch wird der Generatrat allgemeinwirtschaftspolitische Fragen behandeln. Die Verhandlungen, die in der Reichsanzelei stattfinden, sind vertraulich.

Es finden zwei Sitzungen statt, und zwar die eine am Vormittag um 10 Uhr und die andere am Nachmittag um 18 Uhr. Die Bedeutung der Tagung wird dadurch unterstrichen, daß an ihr die meisten Reichsminister sowie die Reichsstaatssekretäre und auch Reichsamtpräsident Dr. Schacht teilnehmen.

Dem Generalrat gehören folgende Persönlichkeiten an: Domänenpächter Bade; Prof. Dr. Carl Bock-Heidelberg; Geheimrat Eugen Böhringer-Rosenberg (Oberpfalz); Generaldirektor Diehm vom Kali-Syndikat; Bankier von Fint-München; Dr. Otto Christian Fischer, Präsident des Zentralverbandes des Bank- und Bankiergewerbes; Dr. Handelsberger, Fabrikbesitzer in Baden; regierender Bürgermeister Krogmann-Hamburg; Dr. Krupp von Bohlen und Halbach-Berlin; Dr. Robert Len, Führer der Deutschen Arbeitsfront; Handelskammerpräsident Dr. Luer-Frankfurt a. M.; Bankdirektor Friedrich Reinhardt-Berlin; Dr. Hermann Reichle, Führer des Landhandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften; Handelskammerpräsident Rurt Freiherr von Schröder-Köln; Karl Friedrich von Siemens-Berlin; Dr. Fritz Thyssen-Mülheim; Generaldirektor Dr. Wöglar-Dortmund.

Gewaltiges Bekenntnis zu Heimat

Der vom westfälischen Heimatbund in Verbindung mit der NSDAP. veranstaltete große Westfalenstag hatte etwa 150.000 Fremde nach Münster gebracht. Den Auftakt bildete eine Ehrung Karl Wagenfelds, des Gründers und unentwegten Vorkämpfers der Bewegung für Heimat und Volkstum, im Frießensaal des Rathauses. Entsprechend einem Beschlus des Provinzialausschusses wurde Wagenfeld als Ehrengabe eine Urkunde überreicht, die ihm den Besitz eines Eigenheimes auf eigener Scholle ermöglichten soll. Den Abschluß des ersten Tages bildete der große Westfalenabend im Schützenaal.

Dr. Wagenfeld sprach auf der großen Heimat-Rundung in eindringlichen Worten über die Ziele der Heimatbewegung. Oberpräsident Fehr. von Lüninck überbrachte die Grüße der Staatsregierung und betonte, daß auch eine andere Vandschaft so geeignet und berufen sei, ein Volkstumskundgebung zu veranstalten, wie das Westfalenland. Der Reichsführer des VDM, Dr. Steinacher betonte, das Volkstum sei eine Gemeinschaft von Blut und Boden, von Erlebnis und Erbe, und wie jede Gemeinschaft auch dieses Volkstum seine Einheit und Ganzheit im Staate. In seiner Schlußansprache führte Gauleiter Josef Wagner-Vothum aus, daß Deutschland nur leben könne, wenn es in der einfachen Formulierung des Volkstums seine echten Wurzeln habe.

Auf dem Hindenburg-Platz hatten am Nachmittag zu einer zweiten großen Kundgebung etwa 150.000 Menschen aufstellung genommen. Zu beiden Seiten der Tribüne, auf der die Führer und Ehrengäste Platz nahmen, stellten sich die Formationen der SA, SS, des Stahlhelm, der HD. und der NSD. auf. Eine unüberschaubare Menschenmenge und in bunter Fahnenwald umsäumten den Festplatz. Nach dem gemeinsamen Gesang des Westfalentiedes sprach der Führer der SA-Front

Dr. Lenn

Er führte aus, es könne für die heutige Zeit kein besseres Wort gefunden werden, als Heimat und Volkstum. Heimat und Volkstum, Blut und Boden seien Begriffe, die die NSDAP. zum Fundament ihres ganzen Denkens und Handelns gemacht habe und auch in Zukunft weiter machen werde.

Eine gewaltige Aufgabe stehe bevor: die vielen Millionen Menschen, die ihre Heimat verloren hätten, zurückzuführen in ihre Heimat, zu ihrem Volkstum. Die in der deutschen Arbeitsfront organisierten 15 Millionen Deutschen würden heute wieder Mut und Hoffnung zum Leben, sie hätten wieder den Glauben an die Zukunft. Wir werden, so führte Dr. Ley aus, dafür sorgen, daß im kommenden Winter kein Deutscher zu hungern und zu frieren braucht.

Wir wünschen, daß das deutsche Volk ewig Sorgen hat
und Opfer bringen muß, denn wo kein Opfer ist, ist auch
kein Volksthum, ist kein Leben, ist keine Freiheit. Dann
grüß

Justizminister Kerrl

das Wort. Er führte aus, gelehrt worden sei genug, aber
bissen sei nicht alles, sondern eines sei alles: Gesunder
Vernunftverstand und das Herz auf dem rechten Fleck. Das
von ihm geschaffene neue Erbrochene solle dem deutschen
Vater die Verbundenheit mit Blut und Boden wieder-
geben. Das Volk sei alles, der einzelne nichts.

1. Schulungsabend:
Mittwoch, den 20. Sept. **Beginn:** pünktlich 8³⁰ Uhr.
Ort: Aula der Büroschule

Alle Pa., die nach dem 30. 1. 33 zur Partei gekommen sind, müssen teilnehmen, auch wenn sie keine besondere Einladung erhalten haben.

au unserer Organisation.
Der Schulungsleiter.

Großreinemachen im Rundfunk

Haltbefehl gegen Magnus, Fleisch und Braun

Gegen den ehemaligen Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft Dr. Magnus sowie gegen den früheren Intendanten der Berliner Funk-Stunde Dr. Fleisch und gegen den einflussigen Rundfunkreporter Alfred Braun wurde ein Haftbefehl wegen Untreue erlassen. Alle drei wurden unmittelbar nach Erlass des Haftbefehls aus dem Konzentrationslager Oranienburg in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit übergeführt.

Auch die ehemaligen Breslauer Rundfunkdirektoren Hader und Viskof sowie der Vorstand des Aufsichtsrats der Schlesischen Funkstunde, Bankdirektor Zorel, wurden in Breslau belästigt wegen des Vorwurfs handelsrechtlicher Untreue verhaftet.

Zu der Verhaftung meldet der „Böltische Beobachter“ folgende interessante Einzelheiten: An dem Strafverfahren gegen den ehemaligen Direktor der Berliner Funk-Stunde, Professor Dr. Knöpfke, der seinem Berber freiwillig im Ende machte, spielte der frühere Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Dr. Magnus, als Zeuge eine sehr eigenartige Rolle, die der Staatsanwaltschaft Veranlassung gab, seine Tätigkeit als Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft sowie als Aufsichtsratsmitglied der meisten deutschen Sendegesellschaften nachzuprüfen.

Ungeheuerliche Korruption

Es ergab sich hierbei, daß die Korruptionen an den Sendern Leipzig, Breslau und Köln von gleicher Ungeheuerlichkeit wie bei der Berliner Funk-Stunde waren, und daß diese Mißstände von Dr. Magnus gebildet wurden. Er ließ es zu, daß sich die verantwortlichen Rundfunkleiter an den genannten Sendern neben ihren hohen Gehältern gegenwärtig hohe Entlohnungen, Sondergeschenke und sonstige Sonderzuschüsse zulebten, wofür er sich Sondergeschenke von den einzelnen Sendegesellschaften zahlen ließ.

Der Fall Knöpfke

Im Zusammenhang mit der Knöpfke-Affäre, bei der in der Öffentlichkeit immer wieder die Frage erhoben wurde, wie es überhaupt möglich war, daß Knöpfke sich phantastische Sonderentlohnungen verschaffen konnte, dürfte es nicht ganz uninteressant und für das Strafverfahren besonders gravierend sein, daß Dr. Magnus von der Berliner Funk-Stunde eine besondere Jahresentschädigung von 10 000 RM erhielt. Herr Knöpfke zahlte eben an Herrn Magnus Schweigegelder dafür.

Unter diesem Gesichtspunkt wird auch der Selbstmord Professor Knöpfkes verständlich. Denn die strafrechtlichen Verfehlungen dieses ehemaligen Berliner Rundfunkdirektors waren allerhöchster Art. Knöpfke hat in der Voruntersuchung selbst nicht bestritten, mehrere hunderttausend Mark Einkommen- und Vermögenssteuer hinterzogen zu haben. Genau so steht fest, daß die Inhaber der Rundfunk J. J. Preuß den Direktor der Funk-Stunde als Geschäftsführer der Zeitschrift „Funkdienst G. m. b. H.“ ebenfalls mit mehreren hunderttausend Mark bedachten haben. Bei der Nachprüfung der Rechnungen hat sich herausgestellt, daß die

verzügliche hohe Rechnungen für die Papeterlieferungen wie- der ausgeglichen und darüber hinaus noch hunderttausend Mark verdient hat.

Zwei Todesurteile in Lübeck

Das Lübecker Schwurgericht verurteilte die beiden frühe- ren Reichsbannerangehörigen Kaehling und Fick zum Tode. Die beiden haben in der Nacht zum 31. Juli 1932 den Nationalsozialisten Willi Meinen erschossen.

Unter schwerem Verdacht

Berlin, 19. September. Wie die Luftpoststelle mit- teilt, wurde vor einigen Tagen der 68jährige Generaldirek- tor Rudolf Möller aus Berlin-Steglitz auf seinem Gut Na- graben bei Steftin von der SA festgenommen.

In seinem Besitz wurden verbotene staatsfeindliche Zei- tungen gefunden. Inzwischen kam die Zollfahndungsstelle Steftin nach längeren Nachforschungen zu der Feststellung, daß Möller in den Jahren 1931 und 1932 aus Mitteln sei- nes bei einer Brüsseler Bank befindlichen Kontos auslän- dische Wertpapiere umgetauscht hatte. Möller unterhält bei dieser Bank unter verschiedenen Bezeichnungen mehrere Konten, über deren Ursprung und Zweck er bei seiner Vernehmung wenig glaubwürdige Angaben gemacht hat. Das Amtsgericht Berlin hat auf Grund dieser Feststellungen gegen Generaldirektor Möller, der die Bezugvereinigung der Deutschen Landwirte leitete, wegen Devisenvergehens ein- nen Haftbefehl erlassen. Der Beschuldigte wurde in das Un- tersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit eingeliefert. Gleich- zeitig laufen gegen Möller mehrere Strafverfahren, u. a.

werden ihm Verurteilungen der „Lohnabhängigen“ wegen dem Auslande und bei der Belieferung der an die Bezug- vereinigung der Deutschen Landwirte angehängten Be- nehmer zur Last gelegt. Darüber hinaus schwebt gegen Möl- ler ein Verfahren wegen Betruges und Wuchers, das auf den Verkauf seines Gutes Naigraben bei Steftin bezieht.

Mordbrenner Holz verunglückt

Bei einer Bootsfahrt in Ruhland ertrunken. Der übelbekannte deutsche Kommunist Max Holz ist bei einer Bootsfahrt auf dem Oka-Fluß in der Nähe von Stadt Gorki in Ruhland ertrunken.

Max Holz war während der innenpolitisch bewegten Jahre der Nachrevolutionzeit zum Schrecken in Deutschland geworden. Im November 1918 wurde er Vorsitzender des Erwerbslosenrates in Falkenstein im Vogtland und über- nahm die Führung in der im März 1920 im Vogtland ge- richteten kommunistischen Gegenaktion gegen den Kämp- fer Holz. Als die Reichswehr in diesen Kampf eingriff, über- lieferte Holz in die Tschakowskoi, die sich dem deutschen Heere an die Spitze des kommunistischen Aufstandes in Mittel- deutschland. Er wurde gefangen genommen und am 23. Juni 1921 wegen Hochverrats und Totschlags zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt. Er verbüßte seine Strafe in der Straf- anstalt Sonnenburg, wurde aber im Zusammenhang mit der Amnestie vom 18. Juni 1928 entlassen. Vorwiegend hielt sich Max Holz in den letzten Jahren seines Lebens in der Sowjetunion auf. Er erreichte ein Alter von 43 Jahren. Sein Geburtsort war Moritz bei Riesa.



Deutsches Bauernblut

Unser Bild zeigt den Gutsbesitzer aus Bärbar bei Magdeburg mit seinen neun Söhnen, der Volkstanzler Adolf Hölzer ein Gut in der Nähe der polnischen Grenze zum Gelsenberg. Neben dem Gutsbesitzer, das dem Führer von dem feierlichen Festzug zur freien Verfügung überlassen worden ist.

Unterricht für Kinder und junge Mädchen in praktischen und feinen Handarbeiten

erteilt an zwei Nachmittagen der Woche

Frau H. Auauf, Burgstraße 82 I

Morgen Mittwoch

frische Schellfische
prima Heringe
Fischfilet
frische Bücklinge
Karl Bender

Wir verweisen auf den Artikel über Steuer- gutscheine im letzten Teil dieses Blattes

Antragsformulare

zur Erlangung von Steuergutscheinen haben wir noch vorrätig. Anträge können durch uns jetzt noch gestellt werden. Zu Auskünften sind wir gern bereit.

Vereinsbank zu Hess. Lichsenau
Brauereistraße Spangenberg.

Hausfrauen-Verein.

Donnerstag, den 21. 9., abends 8 1/2 Uhr findet im Zeichenaal der Burgschule ein öffentlicher Koch-Vortrag statt (Kochproben). Bei genügender Beteiligung kommen einige Apparate zur Verlofung. M-S-Frauenchaft herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Mittwoch früh:

Ia. Schellfisch
Ia. Fischfilet
Ia. Bücklinge
H. Mohr.

Drahtkartoffelkörbe
Kartoffelwäscher
Karl Bender.

Chorverein "Liedertänzer"

Donnerstag Abend 1/2 9 Uhr

Gesangsstunde

Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Klipp's Kaffee H. Mohr.

Die Stadtkasse ist am Mittwoch, den 20. Sep- tember 1933 für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Spangenberg, den 19. September 1933.

Der Magistrat.

Steuergutscheine.

Für die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gewordenen und entrichtete Gewerbe-, Umlag- und Grundbesitzsteuer werden Steuergutscheine in Höhe von 40 v. H. ausgeben.

Dieser Steuergutscheine, die bis einschließlich den 30. Sept. 1933 fällig gewordenen Beträge nicht gezahlt haben, verlieren den Anspruch auf die Gutscheine.

Ferner wird noch darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Steuerpflichtiger bisher bei dem zuständigen Finanzamt die Ausgabe von Steuergutscheinen noch nicht beantragt haben. Da ohne einen diesbezüglichen Antrag die Ausgabe von Steuergutscheinen nicht erfolgt, wird emp- fohlen, die Anträge dem Finanzamt baldmöglichst einzureichen.

Spangenberg, den 19. September 1933.

Die Stadtkasse.

Sämtlichen Unterfüßungsempfängern beim Arbeitsamt Kassel bezw. dessen Neben- und Hilfsstellen in der Arbeitslosen, Krisen- und Wohlfahrts-Unterfüßung.

Um einen genauen Überblick über den Stand der Arbeitslosigkeit, insbesondere über die Anzahl der Unter- füßungsempfänger in der Alt-, Neu- und Wohlf., zu er- halten, wird hiermit vom Arbeitsamt Kassel angeordnet, daß sich jeder Unterfüßungsempfänger der Alt-, Neu- und Wohlf., am Mittwoch, den 20. 9. 1933 im Laufe des Tages bei seinem Bürgermeister zu melden hat, zwecks Aufnahme in einer hier aufliegenden Liste, welche die zu machenden Angaben enthält.

Jeder Unterfüßungsempfänger ist außerdem noch ver- pflichtet, wenn er aus der Unterfüßung ausscheidet, sei

Zurück

San.-Rat Dr. Kleyensteuber

Facharzt f. Hals, Nase, Ohren
Kassel, Wolfsschlucht 17

Inferiert!

es aus der Alt-, Neu- oder Wohlf., sich sofort, d. h. so- bald als am nächsten Tag nach dem Ausscheiden, bei ihrem Bürgermeister abzumelden.

Für die Zukunft wird festgelegt, daß nach dem die- einmalige Erhebung vorgenommen ist, jeder von dieser Zeit ab neu hinzukommende Unterfüßungsempfänger, d. h. sobald er im Besitz seiner Meldekarte ist, sich bei dem Bürgermeister seiner Gemeinde meldet; damit die dort geführte Liste immer die genauen und lückenlosen Angaben enthält.

Diese besondere Verfügung des Arbeitsamtes liegt lediglich im Interesse der Arbeitslosen selbst, worauf wir ganz besonders hinweisen möchten. Es ist also nicht etwa eine Verschärfung der Kontrolle in irgendeiner verschleierte Form, sondern es ist lediglich eine Hilfe, die wir unseren Arbeitslosen bringen wollen, um sie aus dem Zustand der Arbeitslosigkeit herauszuführen, denn mit dieser Verfügung ist nichts weiter beabsichtigt, als einen jenseits genauen Über- blick über den Stand der Unterfüßung in jeder Gemeinde zu erhalten. Auf diese Weise ist die Gemeinde in der Lage, festzustellen bei der Durchführung von Notstands- arbeiten, ob es für sie ratsam ist, eine solche Maßnahme durchzuführen im Interesse der Unterbringung ihrer Un- terfüßungsempfänger.

Nur das ist Sinn und Zweck dieser Bekanntmachung, worauf wir nochmals an dieser Stelle hinweisen.

Die von uns angeordnete Meldung ist eine Meldung im Sinne des § 114 des ARBGG, d. h., wer obwohl er jetzt den Zweck dieser Verfügung kennt, sich danach nicht an dem vorgeschriebenen Tag meldet, bekommt für diesen Tag keine Unterfüßung. Es muß auch vorbedacht werden, zu prüfen, ob nicht in dem Nichterscheinen eine Arbeits- unwilligkeit liegt, die zu weiteren Maßnahmen führen kann.

Wir halten uns verpflichtet, auch auf diesen Punkt hin- zuweisen, damit bei den Unterfüßungsempfängern kein Zweifel darüber besteht, was geschieht, wenn diese Verfügung nicht beachtet wird.

Die einmalige Anmeldung und jede Anmeldung bei Neuzugängen und jede Abmeldung wird von dem Bürger- meister ihrer Gemeinde besonders in der Meldekarte ver- merkt. Dadurch sieht das Arbeitsamt sofort, wer von den Unterfüßungsempfängern diese Verfügung beachtet hat. Wer sie nicht beachtet, hat dann die Folgen seines eigenen Handelns selbst zu tragen.

Wer heute als Arbeitsloser nicht alles tut und jede Gelegenheit wahrnimmt, wenn ihm eine solche geboten wird, wieder in Arbeit zu kommen, der hat auch mora- lisch und rechtlich jedes Recht verweigert, auf Kosten der Allgemeinheit noch weiter unterfüßt zu werden.

Wir hoffen deshalb, daß jeder arbeitswillige Unter- füßungsempfänger diese Anordnung, die nur in seinem eigenen Interesse liegt, befolgen wird und seine Arbeits- willigkeit dadurch kund tut, daß er sich sofort in der dafür vorgesehene Liste bei dem Herrn Bürgermeister eintragen läßt.

Der kommissarische Vorsitzende:
Dr. Kehl.